

Antworten für die Zukunft fehlen - Yvonne Magwas zur aktuellen Pflegereform

Die Zukunft der Pflege ist eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft und Dauerthema in meinen Bürgersprechstunden. Ende Mai verabschiedete der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Ampel-Fraktionen das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG). Das Ergebnis ist enttäuschend, fehlen doch Antworten für die Zukunft.

Was beinhaltet die neue Pflegereform?

Zum Kerninhalt gehören zunächst die Anhebung **des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung** um 0,35 Prozentpunkte zum 1. Juli 2023. Mit der Erhöhung **des Kinderlosenzuschlags** von 0,25 Prozent auf 0,6 Prozent und einer **Entlastung ab dem zweiten bis zum fünften Kind** um je 0,25 Beitragssatzpunkte bis zum 25. Lebensjahr wird ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem letzten Jahr umgesetzt. Weiterhin sollen das **Pflegegeld und die ambulanten Sachleistungsbeträge** zum 1. Januar 2024 um fünf Prozent erhöht werden. **Leistungszuschläge zu den Eigenanteilen in der vollstationären pflegerischen Versorgung** werden ab dem 1. Januar 2024 um 5 bis 10 Prozent erhöht. Die Kurzzeit- und Verhinderungspflege wird zu einem sogenannten Entlastungsbudget in Höhe von 3.539 Euro ab 2025 zusammen geführt. Für Eltern von pflegebedürftigen Kindern des Pflegegrads 4 oder 5 gilt dies bereits ab 2024.

Wie bewertet die Unions-Fraktion das Gesetz?

Wir haben als CDU/CSU-Bundestagsfraktion vier Änderungsanträge gestellt, die von der Ampelmehrheit abgelehnt wurden. Diese Anträge hatten zum Inhalt:

- gemeinsamen Jahresbetrag für Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege bereits zum 1. Januar 2024 zu ermöglichen, ohne im Gegenzug die Dynamisierung der Pflegeleistungen zu kappen.
- die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages bei künftigen Beitragserhöhungen in vollem Umfang wieder herzustellen,
- das in der Coronapandemie etablierte strukturierte telefonische Begutachtungsverfahren beim MD auch künftig beizubehalten sowie
- die Etablierung eines Förderprogramms für Modellvorhaben für Pflegebedürftige vor Ort und im Quartier.

Die Ampel-Regierung bleibt mit ihrem Gesetz weit hinter den eigenen Zielen aus dem Koalitionsvertrag zurück. Sowohl die Erhöhung der Leistungszuschläge zur Reduzierung der Eigenanteile als auch die des

Pflegegeldes und der ambulanten Sachleistungsbeträge sind lediglich **Tropfen auf den heißen Stein**. Nicht einmal die Inflationsraten der letzten Monate werden so ausgeglichen, de facto gehen die **Mehrbelastungen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen ungebremst weiter**. Damit werden nachhaltige Problemlösungen auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben. **Durch unterschiedliche Interessen gelähmt, blockieren sich die Koalitionsfraktionen auch in der Pflege gegenseitig**. Dieses Versäumnis haben wir im parlamentarischen Verfahren mehrfach kritisiert. Nach nicht einmal zwei Jahren fehlt der Ampel bereits die Kraft für wirkliche Reformen. **Es fehlen die Antworten für die Zukunft**.

Was muss nun getan werden?

Pflegebedürftige und Pflegenden brauchen eine echte Perspektive. Offenbar selbst nicht von der Nachhaltigkeit ihrer Regelungen überzeugt, hat die Bundesregierung das Bundesministerium für Gesundheit verpflichtet, bis zum 31. Mai 2024 Empfehlungen für eine stabile und dauerhafte Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung unter Beteiligung weiterer Bundesministerien vorzulegen. Verlorene Zeit. Das Problem lässt sich nicht durch noch höhere Beiträge, noch niedrigere Leistungen und noch höhere Bundeszuschüsse oder noch längere Arbeit allein lösen. **Wir brauchen strukturelle Reformen und eine nachhaltige Finanzierung. Beispielsweise: Es müssen stärkere Förderungen von eigener oder betrieblicher Vorsorge sowie die Arbeitsbedingungen in der Pflege und die Situation der pflegenden Angehörigen in den Fokus rücken. Acht von zehn Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt. Wir sollten Versorgungsformen der Zukunft unterstützen wie Pflege-WGs. Zudem braucht die Pflegebranche weitere beherrzte Anstrengungen gegen den Fachkräftemangel. Als Unions-Fraktion erarbeiten wir aktuell ein entsprechendes Pflege-Positionspapier**. Darin wollen wir auch die Anregungen der Expertinnen und Experten aus unseren Wahlkreisen einfließen lassen.